

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Girokonto für jeden Menschen

Ohne ein Girokonto ist die Teilnahme am Wirtschaftsleben heutzutage kaum noch denkbar: Die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit kann unter Umständen gefährdet sein, wenn auf die übliche Frage des Arbeitgebers nach einer Kontonummer für die Überweisung des Gehalts keine solche angegeben werden kann. Auch die zunehmende Einschränkung des persönlichen Services und die vermehrte Schließung von Filialen machen die Notwendigkeit einer Kontokarte immer dringender.

Die im Zentralen Kreditausschuss (ZKA) zusammengeschlossenen Spitzenverbände der Bankwirtschaft haben im Jahre 1995 eine Empfehlung ausgesprochen, wonach alle Kreditinstitute, die Girokonten für alle Bevölkerungsgruppen führen, für jede Verbraucher/-in in ihrem jeweiligen Geschäftsgebiet auch ein so genanntes Girokonto für jedermann bereithalten. Der Kunde erhält dadurch die Möglichkeit zur Entgegennahme von Gutschriften, zu Barein- und -auszahlungen sowie zur Teilnahme am Überweisungsverkehr. Überziehungen braucht das Kreditinstitut nicht zuzulassen. Dieses Angebot zur Kontoführung ist unabhängig von Art und Höhe der Einkünfte, und auch Eintragungen bei der Schufa sind allein kein Grund, die Führung eines Girokontos zu verweigern. Die Empfehlung greift nur dann nicht, wenn der Kunde bereits über ein Girokonto verfügt oder die Kontoführung für das Kreditinstitut unzumutbar ist.

Die Sparkasse in Bremen hatte sich, wie fast alle anderen Sparkassen und Banken, schon vor zehn Jahren dieser Empfehlung angeschlossen. Diese Selbstverpflichtung führt aber – so hat nun das Oberlandesgericht Bremen festgestellt – nicht etwa dazu, dass die Sparkasse nun auch tatsächlich verpflichtet ist, ein solches Girokonto einzurichten.

Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, über den Bundesrat eine Gesetzesinitiative zu ergreifen mit dem Ziel, einen Rechtsanspruch auf ein Girokonto auf Guthabenbasis für alle Menschen sicher zu stellen.

Dirk Schmidtman,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen